
Vorratsdatenspeicherung Unter der Lupe

Inhalt

- Vorratsdatenspeicherung
- VDS vs. Grundrechte
- Bürgerinitiative zeichnemit.at
- Verfassungsklage.at
- VfGH / EuGH
- Parallelen zur NSA-Metadaten

Vorratsdatenspeicherung

- Vorratsdatenspeicherung erfasst
 - wer, wann
 - mit wem, von wo aus
 - wie lange
 - über welchen Kommunikationskanal
 - kommuniziert hat.
 - Verbindungen zum Internet.
 - Speicherung 6 – 24 Monate
 - zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität.

VDS in Österreich

- Internetzugang
 - Name, Anschrift, Teilnehmerkennung zu einer IP-Adresse
 - Datum, Uhrzeit von Zuteilung und Entzug einer IP-Adresse
 - Rufnummer des anrufenden Anschlusses (Einwahl)
 - Eindeutige Kennung des Anschlusses über den der Zugang erfolgt ist

VDS in Österreich

- (Internet-)Telefonie
 - Teilnehmernummern der Gesprächspartner
 - Teilnehmernummer bei Rufumleitung
 - Name und Anschrift der Gesprächspartner
 - Datum, Uhrzeit und Dauer der Kommunikation
 - Art in Anspruch genommener (Zusatz-) Dienste
 - Int. Mobilteilnehmerkennung (IMSI)
 - Int. Geräteerkennung (IMEI)
 - Funkzelle (Cell-ID)

VDS in Österreich

- E-Mail
 - Teilnehmerkennung
 - Name und Anschrift des Teilnehmers
 - Senden:
 - E-Mail Adresse von Sender und Empfängern
 - IP-Adresse des Senders
 - Empfangen:
 - E-Mail Adresse des Senders und Empfängers;
 - IP-Adresse des letzten übermittelnden Rechners
 - E-Mail-Dienst An- / Abmeldung:
 - Datum, Uhrzeit, Teilnehmerkennung, IP-Adresse

VDS vs. Grundrechte

- **Vorratsdatenspeicherung verletzt Grundrechte**
 - Privat- und Familienleben, Schutz der Korrespondenz
(Art. 8 EMRK, Art. 7 GRC)
 - Grundrecht auf Datenschutz
(Art. 1 § 1 DSG 2000, Art. 8 GRC)
 - Meinungs- und Informationsfreiheit, Redaktionsgeheimnis
(Art. 10 EMRK, Art. 11 GRC)
 - Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
(Art. 11 EMRK, Art. 12 GRC)
 - Fernmeldegeheimnis
(Art. 10a StGG)
 - Unschuldsvermutung im Strafverfahren
(Art. 6 EMRK, Art. 48 GRC)

VDS vs. Grundrechte

- Vorratsdatenspeicherung
 - ist unverhältnismäßig
 - Alle sind betroffen; kaum jemand begeht schwere oder terroristische Straftaten
 - verfolgt ungenügend spezifizierte Zwecke
 - ist für die vorgeblichen Zwecke ungeeignet
 - da leicht umgehbar
 - ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht notwendig
 - sh. Anforderung des Art. 8 EMRK

www.zeichnemit.at

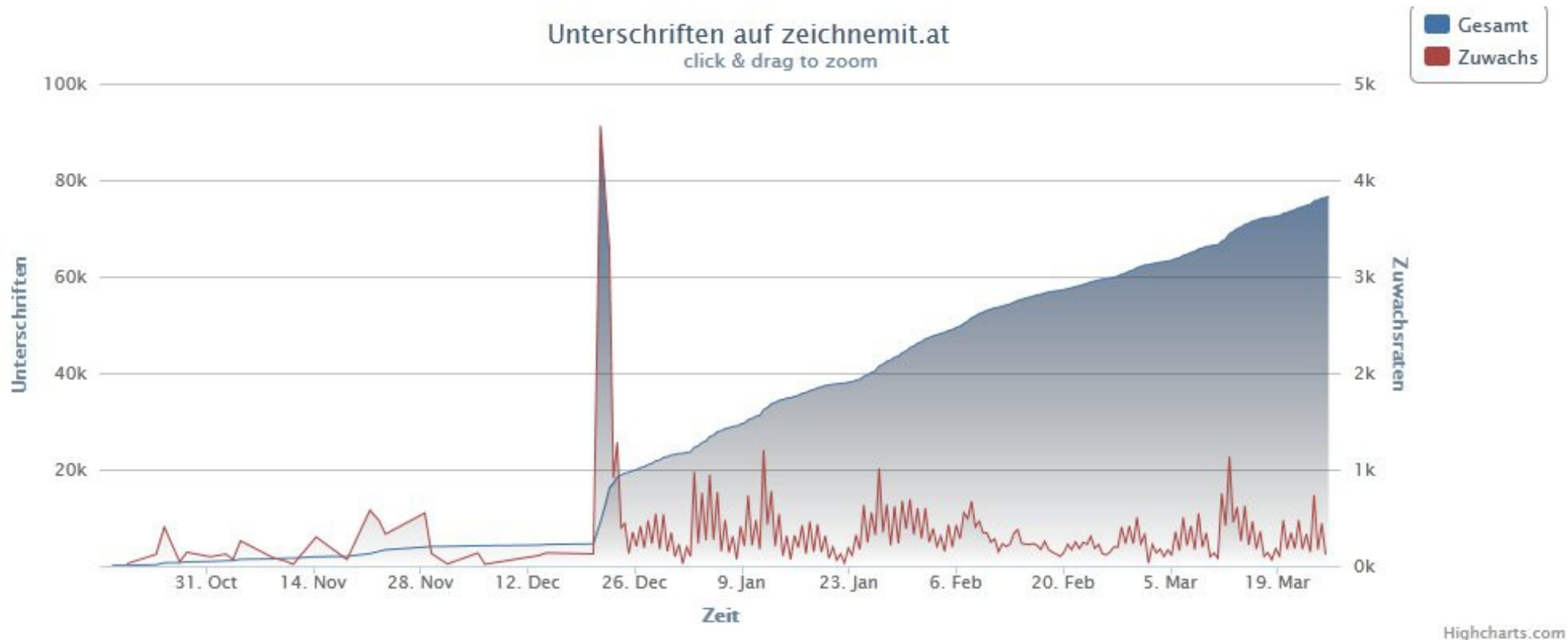
- Bürgerinitiative
 - "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung"
 - Für die Abschaffung der EU-Richtlinie zur VDS
 - Für die Evaluierung der Terrorgesetze
- 4.471 Unterschriften auf Papier
- 17.10. - 14.12.2011
- Anschließend elektronische Unterstützungsmöglichkeit



www.zeichnemit.at

106.067

UNTERSCHRIFTEN GEGEN DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG



- **Behandlung im Parlament**
 - 12.03.2012: Erste Behandlung im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen ("Einlaufbesprechung")
 - Stellungnahmen angefordert von: BMI, BMJ, BMVIT, BKA
 - April 2012: Einlangen der Stellungnahmen
 - Weitgehend Themenverfehlungen
 - 31.05.2012: Verweisung an den Justizausschuss
 - Keine erkennbare Behandlung der Stellungnahmen

- **Behandlung im Parlament**
 - 28.11.2012: Hearing im Justizausschuss
 - Überwiegende Mehrheit der Experten spricht sich gegen VDS aus
 - 31.01.2013: Entschließung des Nationalrats
 - Bundesregierung soll nach Vorliegen der VfGH- und EuGH-Urteile legislative Maßnahmen vorlegen
 - Auf Anliegen der BI (Positionierung auf EU-Ebene, Evaluierung Terrorgesetze) wurde nicht eingegangen

Verfassungsklage.at

- AKVorrat gemeinsam mit Albert Steinhauser
- Ziel: Abschaffung der VDS in Österreich



Verfassungsklage.at

- 15.06.2012: Einreichung beim VfGH
- 09.07.2012: Aufforderung zur Stellungnahme an Bundesregierung
- 09.2012: Eintreffen Stellungnahme der Bundesregierung
- 18.12.2012: VfGH wendet sich an EuGH
 - Hat Bedenken, dass die VDS der EU-Grundrechtecharta widersprechen könnte
- 09.07.2013: Mündliche Verhandlung EuGH

Verfassungsklage.at

- 09.07.2013: VDS-Statistik Österreich 1. Jahr:
 - 312 Fälle (438 Delikte) mit Abfrage von Vorratsdaten
 - 106 x Diebstahl
 - 40 x Suchtgifthandel
 - 36 x beharrliche Verfolgung
 - 31 x Raub (schwerer)
 - 29 x Betrug (schwerer, gewerbsmäßiger)
 - 16 x unerlaubter Umgang mit Suchtgift
 - 13 x gefährliche Drohung
 - 10 x kriminelle Vereinigung
 - ...
 - 3 x Mord

Verfassungsklage.at

- 12.12.2013: EuGH Schlussanträge des Generalanwalts (= Entscheidungsvorschlag)
 - VDS-Richtlinie ist in vollem Umfang mit Charta der Grundrechte unvereinbar
 - Speicherdauer zu weitgehend (max. 1 Jahr)
 - "schwere Straftaten" nicht definiert
 - Fehlender Grundrechtsschutz in der Richtlinie (geschützte Berufe, Zugang nur für Justiz, Information der Betroffenen, Löschpflichten, ...)
 - Speicherung bei Providern statt beim Staat

Verfassungsklage.at

- 12.12.2013: EuGH Schlussanträge des Generalanwalts
 - Kernfrage Verhältnismäßigkeit wird nur oberflächlich gestreift und bejaht
 - Verbesserungsfrist wird vorgeschlagen, keine sofortige Aufhebung
 - Umsetzungsmöglichkeit als "Binnenmarkt-Harmonisierung" ist allerdings zweifelhaft
- ~ 1. HJ 2014 EuGH-Urteil
- ~ 2. HJ 2014 (?) VfGH-Urteil

NSA-Parallelen: "Metadaten"

- NSA erhält Telefonie-"Metadaten"
 - Auf Basis von FISC-Beschlüssen
 - Tägliche Übermittlung von Providern
- Datenspeicherung
 - USA: Speicherung bei NSA
 - USA: Untersuchungsbericht empfiehlt externe Speicherung (Provider oder Dritter)
 - EU: Speicherung bei Providern
 - EU: Generalanwalt empfiehlt Speicherung beim Staat

NSA-Parallelen: "Metadaten"

- USA: Datensicherheitsmaßnahmen
 - Speicherung in sicherer Netz-Umgebung der NSA
 - Zugriff nur für speziell geschultes Personal
 - Zweckbindung: Auslandsaufklärung
 - Gezielte Abfrage nach Tel-Nr. nur bei "reasonable, articulable suspicion" (RAS) auf Verbindung zu einer auf FISC-Liste enthaltenen anerkannten ausländischen Terrororganisationen

NSA-Parallelen: "Metadaten"

- USA: Datenzugriff
 - RAS-Einschätzung durch 2 von 20 speziell geschulten Mitarbeitern unabhängig von einander
 - Überprüfung der RAS-Einschätzung durch 2 Supervisors
 - Prüfung durch NSA Office of General Counsel (OGC) ob US-Person betroffen ist (→ keine Abfrage)
 - Abfrage nur nach RAS-Prüfung und unter Protokollierung der Zugriffe

NSA-Parallelen: "Metadaten"

- USA: Datenzugriff (Forts.)
 - Berichte an FISC alle 30 Tage (Anzahl Abfragen u. Ergebnisse)
 - Berichte an Justizministerium (DoJ) und Senat
 - Laufende Aufsicht durch NSA OGC und DoJ
 - Prüfung von Schulungsmaterialien durch DoJ
 - Laufende Kontrolle der Nutzung und Protokollierung
 - Alle 90 Tage Evaluierung der Compliance durch NSA / DoJ -> Bericht an FISC
 - ...

NSA-Parallelen: "Metadaten"

- USA: Datenzugriff (Forts.)
 - März 2009: "FISC Judge Reggie Walton concluded that the minimization procedures had been "so frequently and systematically violated that it can fairly be said that this critical element of the overall ... regime has never functioned effectively."
(Quelle: Report and Recommendations of The President's Review Group on Intelligence and Communications Technologies, S. 105ff)

NSA-Parallelen: "Metadaten"

- Österreich: § 102c (1) TKG 2003
 - "Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt der für die Datenschutzkontrolle ... zuständigen Datenschutzkommission"
 - DSB verfügt über keine eigene technische Expertise
 - DSB leidet seit zumindest 20 Jahren an akutem Personalmangel (20,5 Planstellen inkl. 12 DVR)
 - sh. Datenschutzberichte 1993, 1995, 1997, 2001, 2005, 2007, 2009, 2011 (und evtl. 2013)
 - Vergleich: 2001 Errichtung der RTR mit 100 Mitarbeitern

Fazit

- VDS
 - Schlussanträge des GA geben Hoffnung
 - Urteile EuGH / VfGH sind abzuwarten
 - Grundsätzlich: VDS ist EU-weit abzuschaffen
 - Positionierung Österreichs auf EU-Ebene weiterhin dringend nötig
- Datenschutz braucht Rechtsdurchsetzung
 - Ausreichende Ressourcen für DSB sicherstellen
 - Aktive Datenschutzkontrolle ermöglichen

Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit!

Andreas Krisch
andreas.krisch@vibe.at